

Angaben in lateinischer Druckschrift. Bitte deutlich schreiben! Zutreffendes bitte ankreuzen!

Hinweise zur Datenerhebung:

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne des § 3 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG).

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis

gem. § 81 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Eingangsstempel

Aktenzeichen

Hinweis:

Die Beantragung eines Aufenthaltstitels hat für jede Person – auch für Kinder – auf einem eigenen Vordruck zu erfolgen (§ 81 AufenthG).

Die Ausländerbehörde benötigt die gekennzeichneten Unterlagen, damit über den Antrag entschieden werden kann:

- | | | |
|--|--|---|
| 1 <input type="checkbox"/> Reisepass | <input type="checkbox"/> Mietvertrag | <input type="checkbox"/> Zulassungsbescheid der Hochschule |
| 2 <input type="checkbox"/> Ausweis | <input type="checkbox"/> Verdienstbescheinigungen der letzten 3 Monate | <input type="checkbox"/> Immatrikulationsbescheinigung der Hochschule |
| 3 <input type="checkbox"/> Geburtsurkunde | <input type="checkbox"/> Arbeitgeberbestätigung | <input type="checkbox"/> Krankenversicherungsnachweis |
| 4 <input type="checkbox"/> Heiratsurkunde | <input type="checkbox"/> Einkommensteuerbescheid | <input type="checkbox"/> Schulbescheinigung |
| 5 <input type="checkbox"/> Vaterschaftsanerkennung | <input type="checkbox"/> Gewerbeanmeldung | <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> aktuelle(s) Lichtbild(er) (grundsätzlich biometrietauglich) |
| 6 <input type="checkbox"/> Sorgerechtsklärung | <input type="checkbox"/> Finanzierungsnachweise | <input type="checkbox"/> |
| 7 <input type="checkbox"/> Scheidungsurteil | <input type="checkbox"/> Bürgschaftserklärung | <input type="checkbox"/> |
| 8 <input type="checkbox"/> Sorgerechtsurteil | <input type="checkbox"/> Stipendienbescheid | <input type="checkbox"/> |
| 9 <input type="checkbox"/> Nachweis über 60 Monate Rentenversicherungsbeiträge | <input type="checkbox"/> Bescheid der Agentur für Arbeit | <input type="checkbox"/> |
| 10 <input type="checkbox"/> Nachweis über Integrationskurs | <input type="checkbox"/> Bescheid des Sozialamtes | <input type="checkbox"/> |

1. Angaben zur/zum Antragsteller/in

Persönliche Angaben

11 Familienname, ggf. frühere(r) Name(n) Augenfarbe
 blau grau grün braun

12 Vorname(n) Geschlecht m w Größe _____ cm

13 Geburtsdatum Geburtsort (Ort, Staat)

14 Staatsangehörigkeit(en) eventuell frühere Staatsangehörigkeiten

15 Familienstand ledig verheiratet verpartnert geschieden verwitwet Datum getrennt lebend seit: _____ Datum _____

16 Telefon (Angabe freiwillig) Telefax (Angabe freiwillig) E-Mail (Angabe freiwillig)

Pass/Passersatz

17 eigener Pass/Ausweis eingetragen bei Vater Mutter Pass- oder Ausweisersatz

18 genaue Bezeichnung: Art des PASSES/Ausweises Nr. gültig bis

19 ausgestellt von ausgestellt am

20 derzeitiger Wohnsitz in Deutschland (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

derzeitiger Aufenthaltstitel

21 Aufenthaltserlaubnis _____ gemäß § _____ AufenthG Blaue Karte EU

22 Aufenthaltserlaubnis (AusG 1990) Aufenthaltsbefugnis (AusG 1990) Sonstiger

23 seit: gültig bis:

Aufenthaltszweck im Bundesgebiet

Aufenthaltszweck (z. B. Studium, Ausbildung, Familiennachzug, Erwerbstätigkeit)

24 von _____ bis _____

25 von _____ bis _____

26 von _____ bis _____

Nachdruck, Nachahmung, Kopieren und elektronische Speicherung verboten!

2. Angaben zu Familienangehörigen**Ehegatte/ eingetragener Lebenspartner nach LPartG**

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n)

Geschlecht

 m w

Geburtsort (Ort, Staat)

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit(en)

eventuell frühere Staatsangehörigkeiten

Volkszugehörigkeit (Angabe freiwillig)

Religion (Angabe freiwillig)

derzeitiger Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

aufenthaltsrechtlicher Status gültig bis

 Aufenthaltserlaubnis Bezeichnung

Niederlassungserlaubnis/Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU*

* Aufenthaltstitel, der vor dem 28.8.2007 mit dem Vermerk „Daueraufenthalt-EG“ versehen wurde, gilt als Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU fort.

 Asylberechtigt

gültig bis

 sonstiger aufenthaltsrechtlicher Status:**Kinder des Antragstellers (weitere Kinder bitte auf gesondertem Blatt angeben!)**

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Staatsangehörigkeit

1
Vorname(n)

Geschlecht

 m w

Geburtsort (Ort, Staat)

Geburtsdatum

derzeitiger Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

2
Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Staatsangehörigkeit

Vorname(n)

Geschlecht

 m w

Geburtsort (Ort, Staat)

Geburtsdatum

derzeitiger Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

3
Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Staatsangehörigkeit

Vorname(n)

Geschlecht

 m w

Geburtsort (Ort, Staat)

Geburtsdatum

derzeitiger Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

4
Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Staatsangehörigkeit

Vorname(n)

Geschlecht

 m w

Geburtsort (Ort, Staat)

Geburtsdatum

derzeitiger Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)

3. Angaben zum Aufenthalt**Aufenthalt im Ausland**

Haben Sie sich seit der Begründung Ihres Aufenthalts im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend oder länger als 6 Monate im Ausland aufgehalten?

 nein ja

von (Datum)

bis (Datum)

in (Ort, Kreis, Staat)

von (Datum)

bis (Datum)

in (Ort, Kreis, Staat)

von (Datum)

bis (Datum)

in (Ort, Kreis, Staat)

Lebensunterhalt

Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?

 Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit bei/als Unterhalt durch Ehegatten Sonstige (bitte bezeichnen!)

Betrag

Monatlicher Netto-Verdienst: _____ Euro monatlich

 Ich kann wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung den Lebensunterhalt nicht sichern (Bestätigung liegt bei).

58 Ich befinde mich in einer Ausbildung, die zu einem anerkannten beruflichen oder schulischen Bildungsabschluss führt
Träger der Ausbildung _____

59 bei _____
Art der Ausbildung _____

60 _____
Art des angestrebten Abschlusses _____

61 von (Datum) _____ voraussichtlich bis (Datum) _____

62 _____ Bitte Belege (Schulbescheinigung) beifügen!

Ich habe Unterhaltspflichten gegenüber anderen Personen

63 nein ja, gegenüber folgenden _____ Personen:
Anzahl _____

64 1 Familienname, Vorname(n) _____ Geburtsdatum _____
Wohnort (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat) _____

65 2 Familienname, Vorname(n) _____ Geburtsdatum _____
Wohnort (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat) _____

68 weitere unterhaltsberechtigte Personen sind auf einem Beiblatt angegeben.

Rentenversicherung

69 Ich habe mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).

70 Ich habe mindestens 60 Monate freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).

71 Ich habe Aufwendungen für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens geleistet (Nachweis liegt bei).

71a Ich bin Inhaber der Blauen Karte EU, verfüge über
 einfache Kenntnisse der deutschen Sprache und habe mindestens 33 Monate eine hochqualifizierte Beschäftigung ausgeübt
 ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und habe mindestens 21 Monate eine hochqualifizierte Beschäftigung ausgeübt
 und habe für diesen Zeitraum Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet
 oder einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung eines Versicherungsunternehmens
 (Nachweis liegt bei).

72 Die Rentenversicherung ist über meinen Ehegatten gesichert (Nachweis liegt bei).

73 Ich befinde mich in Ausbildung, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsanspruch führt (siehe oben).

74 Ich habe wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung keine 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).

75 Wohnraum der Familie

76 Wohnfläche _____ m² für _____ Personen Mietvertrag Wohnraumbescheinigung liegt bei.
Anzahl _____

4. Rechtsverstöße

77 Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt?
 nein ja, in Deutschland im Ausland
 Datum _____ Gericht _____

78 Grund _____ Art und Höhe der Strafe _____

79 _____

80 Die Verhängung einer Jugendstrafe wurde ausgesetzt.

81 Weitere Verstöße bitte auf gesondertem Blatt angeben!
 Wird gegen Sie wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt?
 nein ja, in Deutschland im Ausland
 Grund/ermittelnde Behörde _____

82 _____

Angaben in lateinischer Druckschrift. Bitte deutlich schreiben! Zutreffendes bitte ankreuzen!

5. Integration

Verfügen Sie über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland?

83 ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden.

84 ja, Zeugnis über Integrationskurs liegt bei.

85 ja, da in Deutschland Schulbesuch.

86 Ich habe wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung keine deutschen Sprachkenntnisse (Bescheinigung liegt bei).

87 Eine Teilnahme an einem Integrationskurs ist mir auf Dauer unmöglich oder unzumutbar.

88 Begründung: _____

89 _____

90 sonstige Begründung

91 _____

92 _____

**Ich beantrage die Erteilung der Niederlassungserlaubnis.
Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.
Wichtige Hinweise nach §§ 53, 54 Abs. 2 und § 82 Aufenthaltsgesetz**

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG das Ausweisungsinteresse im Sinne von § 53 Absatz 1 AufenthG schwer wiegt, wenn ich in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wurde, im In- oder Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransitvisums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung gemacht habe oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörden mitgewirkt habe.
- nach § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder der Duldung abzuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich im Rechtsverkehr gebraucht. Das Ausweisungsinteresse wiegt nach § 54 Abs. 2 Nr. 9 AufenthG im Sinne von § 53 Absatz 1 AufenthG schwer, wenn ich einen nicht nur vereinzelter oder geringfügigen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begangen oder außerhalb des Bundesgebiets eine Handlung begangen habe, die im Bundesgebiet als vorsätzliche schwere Straftat anzusehen ist.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Lichtbild
grundsätzlich
biometrietauglich!
min. 35 x 45 mm

93 Ort, Datum

94 _____

eigenhändige Unterschrift
bei Kindern unter 18 Jahren: Gesetzlicher Vertreter

Stellungnahme der Meldebehörde

1. Antragsteller ist hier gemeldet seit _____

2. Die Angaben stimmen mit den vorgelegten Unterlagen überein sind nicht vollständig prüfbar

3. Gegen den Aufenthalt bestehen keine Bedenken folgende Bedenken (siehe Anlage)

4. Der Ausländerbehörde _____ weitergereicht mit Anlagen

Ort; Datum _____ Behörde _____

Unterschrift _____

Bearbeitungsvermerke der Ausländerbehörde

Vorläufige Entscheidung der Ausländerbehörde			Verbleib des PASSES/Ausweises während der Bearbeitung	
<input type="checkbox"/> Aufenthalt gilt als erlaubt gemäß § 81 Abs. 3 Satz 1 AufenthG			<input type="checkbox"/> einbehalten	am _____ von _____
<input type="checkbox"/> Abschiebung gilt als ausgesetzt gemäß § 81 Abs. 3 Satz 2 AufenthG			<input type="checkbox"/> ausgehändigt	am _____ von _____
<input type="checkbox"/> bisheriger Aufenthaltstitel gilt fort gemäß § 81 Abs. 4 AufenthG				
Bescheinigung erteilt am _____	gültig bis _____	Unterschrift _____	Empfangsbestätigung	
Bescheinigung erteilt am _____	gültig bis _____	Unterschrift _____	Meinen Pass/Ausweis habe ich heute/mit Aufenthaltstitel erhalten:	
Bescheinigung erteilt am _____	gültig bis _____	Unterschrift _____	Ort, Datum _____	
			Unterschrift _____	

Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten in der Ausländerbehörde

1. Wer ist für die Verarbeitung Ihrer Daten verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Ausländerbehörde ist die

**Stadt Rosenheim
Ausländerbehörde
Königstraße 15
83022 Rosenheim**

Bei konkreten Fragen zum Schutz Ihrer Daten und zu Ihren Rechten im Zusammenhang mit der Verarbeitung dieser Daten wenden Sie sich bitte an den Datenschutzbeauftragten **Stadt Rosenheim**.

Beauftragter für den Datenschutz: **Stadt Rosenheim
Datenschutzbeauftragte
Königstraße 24
83024 Rosenheim**

datenschutz@rosenheim.de

2. Für welche Zwecke werden Ihre Daten erhoben und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Die Ausländerbehörde verarbeitet personenbezogene Daten (u.a. Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit) soweit dies für die Erledigung der ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist (u.a. für ordnungsrechtliche Verfügungen, sonstige Anordnungen und Nebenbestimmungen sowie Maßnahmen zu deren Durchsetzung). In diesem Rahmen werden Ihre personenbezogenen Daten nach Maßgabe der ausländerrechtlichen Bestimmungen etwa in einer Ausländerdatei sowie im Ausländerzentralregister gespeichert und dienen als Grundlage für die Erteilung aufenthaltsrechtlicher Erlaubnisse und sonstiger Bescheinigungen über den Aufenthaltsstatus.

Aufgrund Ihrer gesetzlichen Mitwirkungspflichten sind Sie verpflichtet, auf Verlangen gegenüber der Ausländerbehörde Angaben zu Ihren personenbezogenen Daten zu machen. Verstöße dagegen sind nach § 95 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 Nr. 2 AufenthG strafbewehrt.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeit ergeben sich aus dem Aufenthaltsgesetz, den aufgrund des Aufenthaltsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen (u.a. Aufenthaltsverordnung, Beschäftigungsverordnung, Integrationskursverordnung), dem Asylgesetz, dem Gesetz über das Ausländerzentralregister, der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das

Ausländerzentralregister, der Datenschutz-Grundverordnung, dem Bundesdatenschutzgesetz und dem Bayerischen Datenschutzgesetz.

Nähere Auskünfte zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt Ihnen die Ausländerbehörde.

3. An wen können Ihre Daten übermittelt werden?

Übermittelt werden dürfen Ihre Daten an andere Ausländerbehörden, sonstige Behörden, Gerichte und konsularische Vertretungen bzw. an die zuständigen Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union nur, wenn dies gesetzlich erlaubt ist. Eine Übermittlung an Länder außerhalb der Europäischen Union sowie internationale Organisationen findet nur statt, soweit dies nach Kapitel V der Datenschutz-Grundverordnung zulässig ist.

4. Wie lange werden Ihre Daten verarbeitet?

Ihre Daten werden gelöscht, sobald sie für die Aufgabenerledigung nicht mehr notwendig sind. Die nach der Aufenthaltsverordnung in der Ausländerdatei erfassten Daten werden zehn Jahre nach dem Fortzug aus dem Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde gelöscht, bei Einbürgerung und im Todesfall nach fünf Jahren. Die Daten eines Ausländers, der ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben wurde, werden gemäß § 91 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes zehn Jahre, nachdem die Sperrwirkung gemäß § 11 Abs. 1 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes abgelaufen ist, gelöscht.

5. Welche Datenschutzrechte können Sie geltend machen?

Gegenüber der Ausländerbehörde können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter den in der Datenschutz-Grundverordnung genannten Voraussetzungen die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen.

Hierzu können Sie sich an die in Ziffer 1 genannten Stellen wenden.

Ihnen steht zudem gemäß Art. 77 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung ein Beschwerderecht bei der (datenschutzrechtlichen) Aufsichtsbehörde zu:

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz

Näheres siehe unter: <https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html>